



Niederschrift

24. Sitzung Hauptausschuss
30. November 2021, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 4 der Tagesordnung: Integration eines innerstädtischen intelligenten Parkleitsystems in die Multifunktions-App „digital@KA“

Antrag: FDP

Vorlage: 2021/0890

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 4 zur Behandlung auf und verweist auf die Vorbereitung im Planungsausschuss und die Behandlung des Themas in der IT-Kommission.

Stadtrat Hock (FDP) zeigt sich mit der Antwort der Verwaltung zufrieden. Allerdings gehe der letzte Abschnitt der Stellungnahme zu Lasten der Einzelhändler.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) weist darauf hin, dass Erleichterungen für den Kfz-Verkehr eine bessere Erreichbarkeit für den Kfz-Verkehr in Karlsruhe und damit größere Anreisewege bedeuten. Dies erhöhe dann den CO₂-Ausstoß. Er wünsche sich, dass sich die Stadt das Label „Fahrradstadt“ auf die Fahnen schiebe und insbesondere auf das Fahrradparken hinweise.

Stadtrat Pfannkuch (CDU) befürwortet die Gleichrangigkeit aller Verkehrsarten in der Innenstadt, wengleich sich eine Verschiebung zu mehr Rad- und Fußgängerverkehr entwickeln müsse. Er spricht sich dafür aus, bestehende Verbindungen zu Parkhäusern aufrecht zu erhalten.

Stadtrat Marvi (SPD) bittet darum, auch in Karlsruhe das mobile Buchen von Parktickets zu ermöglichen.

Stadtrat Schnell (AfD) verweist auf Umfragen, wonach Kunden vermehrt die Unterzentren besuchen würden. Eine Behinderung des Autoverkehrs lehne er ab.

Stadtrat Bimmerle (DIE LINKE.) stellt klar, dass seine Fraktion keine gleiche Priorisierung von Rad-, Fußgänger und Autoverkehr wolle. Er stelle eine ausschließliche Dominanz eines Verkehrsträgers fest. Weiter spricht er sich dafür aus, die Anzahl der Parkplätze in der Innenstadt zu reduzieren wovon er sich die höhere Nutzung der Park- und Ride-Plätze verspreche.

Der Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, die Vorberatung sowie die weitere Behandlung im Gemeinderat fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
15. Dezember 2021